

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Bürgeramt

Wahlinformationen für Bürger/innen mit Migrationshintergrund

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. Dezember 2008

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung	Handzeichen
Ausländerrat/Migrationsrat	06.11.2008	Ö		
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	04.12.2008	Ö		
Haupt- und Finanzaus- schuss	10.12.2008	Ö		
Gemeinderat	18.12.2008	Ö		

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Beschluss über die Versendung von Wahlinformationen zur Europa- und Kommunalwahl 2009 an alle wahlberechtigte ausländischen UnionsbürgerInnen.

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 06.11.2008

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 06.11.2008

6 **Wahlinformation für Bürgerinnen mit Migrationshintergrund** Beschlussvorlage 0018/2008/BV_AMR

Der Vorsitzende, Dr. med. Mohammed Natour, ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass er den Begriff „UnionsbürgerIn“ im Begründungstext ungünstig findet, da auch nicht UnionsbürgerInnen den Ausländerrat/Migrationsrat wählen dürfen.

Es melden sich zu Wort:

Frau Fidan Kilic, Herr Prof. Dr. Bernard Mechler

Frau Kilic schlägt vor, die im Begründungstext der Vorlage genannten mehrsprachigen Wahlinformationen für die Ausländerratswahlen/Migrationsratswahlen auch im Beschlusstext niederzuschreiben.

Herr Käding, Bürgeramt, bestätigt den Kreis der Wahlberechtigten für die Ausländerratswahl/Migrationsratswahl und formuliert folgenden ergänzten Beschlusstext (Ergänzung fettgedruckt):

Der Ausländerrat/Migrationsrat empfiehlt dem Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Gemeinderat den Beschluss über die Versendung von Wahlinformationen zur Europa- und Kommunalwahl 2009 an alle wahlberechtigten ausländischen UnionsbürgerInnen **und zur Ausländerratswahl/Migrationsratswahl 2009 an alle Wahlberechtigten.**

Der Vorsitzende lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung des Ausländerrates/Migrationsrates:

Der Ausländerrat/Migrationsrat empfiehlt dem Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Gemeinderat den Beschluss über die Versendung von Wahlinformationen zur Europa- und Kommunalwahl 2009 an alle wahlberechtigten ausländischen UnionsbürgerInnen und zur Ausländerratswahl/Migrationsratswahl 2009 an alle Wahlberechtigten.

gez.

Dr. med. Mohammed Natour

Erster stellvertretender Vorsitzender

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 04.12.2008

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.12.2008

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.12.2008

2.1 **Wahlinformation für BürgerInnen mit Migrationshintergrund** Beschlussvorlage 0018/2008/BV_AMR

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die Ergänzungen im Ausländerrat/Migrationsrat hin und ruft die im Ausländerrat/Migrationsrat am 06.11.2008 ergänzte Beschlussempfehlung zur Abstimmung auf.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Versendung von Wahlinformationen zur Europa- und Kommunalwahl 2009 an alle wahlberechtigten ausländischen UnionsbürgerInnen und zur Ausländerratswahl/Migrationsratswahl 2009 an alle Wahlberechtigten.

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen mit Ergänzung

Sitzung des Gemeinderates vom 18.12.2008

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 18.12.2008

18.1 **Wahlinformationen für Bürger/innen mit Migrationshintergrund** Beschlussvorlage 0018/2008/BV_AMR

Der in der Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 06.11.2008 ergänzte Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt die Versendung von Wahlinformationen zur Europa- und Kommunalwahl 2009 an alle wahlberechtigten ausländischen UnionsbürgerInnen und zur Ausländerratswahl/Migrationsratswahl 2009 an alle Wahlberechtigten.

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes:

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen Begründung: Durch die Teilnahme an Wahlen wird die Integration von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern sowie von Migrantinnen und Migranten gefördert.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Damit Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland den Grundsätzen einer demokratischen Wahl entsprechen, hat der jeweilige Gesetzgeber die Durchführung einer Wahl sehr formell und in fast jeder Einzelheit geregelt. Die Durchführung von Wahlen richtet sich daher nach den einschlägigen Wahlgesetzen und Wahlordnungen.

Dies führt dazu, dass z.B. der Inhalt von öffentlichen Bekanntmachungen und der Wahlbenachrichtigungskarten fast wörtlich vorgegeben wird. Redaktionelle Änderungen könnten zu Missverständnissen führen und somit eine Wahl anfechtbar machen. Dies bedingt leider, dass die öffentlichen Bekanntmachungen in einer Art und Weise erfolgen, die zwar das rechtmäßige Handeln der Verwaltung sicherstellt, aber die Lesbarkeit und das Verständnis oftmals beeinträchtigt.

Die Verwaltung veröffentlicht deshalb regelmäßig vor einer Wahl im Stadtblatt und auf der Homepage der Stadt Heidelberg entsprechende redaktionell aufbereitete Hinweise, so dass die Wählerinnen und Wähler über Fristen, Wahlverfahren und Briefwahl in leicht verständlicherer Art und Weise informiert werden. Gleichzeitig wird der Kontakt zur örtlichen Presse gesucht, um auch hier auf eine aktuelle und verständliche Berichterstattung hinzuwirken.

Wie bei den vorangegangenen Wahlen soll bei der nächsten Kommunal- und Europawahl am 07.06.2009 eine Gemeinschaftsaktion von Land, Kommunalen Landesverbänden und anderen Verbänden zur Förderung der Wahlbeteiligung durchgeführt werden. Hierzu fanden bereits erste Gespräche beim Staatsministerium Baden-Württemberg statt. Die Kommunen werden im Januar 2009 über die Kampagne informiert.

Bereits bei der erstmaligen Teilnahme ausländischer Unionsbürgerinnen und Unionsbürger an der Kommunalwahl 1999 wurden alle damals Wahlberechtigten über das Wahlrecht in ihrer Muttersprache informiert.

Der Erfolg der Kampagne ließ sich auf Grund der geheimen Wahl nicht feststellen. Die Wahlbeteiligung insgesamt lag aber mit 48,7 % deutlich hinter der des Jahres 1994 mit 66,9 % und etwa auf dem Niveau der Kommunalwahl 2004 mit 50,5 %.

Aktuell sind in Heidelberg ca. 7.700 ausländische Unionsbürger/innen zur Kommunalwahl wahlberechtigt. Etwas mehr als 19.000 ausländische Mitbürger/innen, inklusive der ausländischen Unionsbürger/innen wählen ebenfalls am 07.06.2009 den Ausländerrat/Migrationsrat. Um die Wahlbeteiligung dieses Personenkreises zu steigern, schlägt die Verwaltung zusätzlich zu den bisher geplanten Informationen die Versendung eines mehrsprachigen Informationsflyers für die wahlberechtigten Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zur Kommunal- und Europawahl vor. Zudem wird diese Information auf der Homepage der Stadt Heidelberg für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt und der Flyer in den Bürgerämtern ausgelegt werden.

Für die Erstellung, die Übersetzung in allen Sprachen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Versendung des Flyers würden Kosten in Höhe von 12.000,-- bis 15.000,-- € entstehen. Für die mehrsprachige Wahlinformation zur Ausländerrats-/Migrationsratswahl mit Hinweisen zum Wahlverfahren und die Briefwahlmöglichkeit, müssen ca. 10.000,-- € veranschlagt werden. Die benötigten Mittel müssten aus dem zur Verfügung gestellten Wahlbudget gedeckt werden. Den ausländischen Wahlberechtigten sollen zudem zu bestimmten Zeiten und Tagen in den Bürgerämtern ausländische, fachkundige Personen zur Verfügung gestellt werden, die in verschiedenen Sprachen Hinweise zum Wahlrecht geben können.

gez.

Wolfgang Erichson